Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 144 — Donnerstag, den 5. Dezember 1929 — 42. Jahrgang

Ost-Konflikt und Kellogg-Pakt.

Gemeinsamer Schritt der Mächte.

⊹ **Paris**, 4. Dezember

Die französische Regierung hat in Uebereinstimmung mit Amerika, Deutschland, England und Japan bei den Regierungen in Moskau und Peking durch ihre Botschafter den Regierungen von Rußland und China eine Note zustellen lassen, die auf die zahlreichen vergeblichen Bemühungen der Mächte, den Streit zu verhindern aufmerksam macht und erneut die Aufmerksamkeit Chinas und Rußlands auf die Bestimmungen des Kriegsverzichtspaktes, insbesondere auf den Artikel 2, der lautet: „Die vertragschließenden Parteien erkennen an, daß die Regelung und die Lösung aller Differenzen und Konflikte, welcher Natur und welchen Ursprungs sie auch sein mögen und die zwischen ihnen entstehen könnten, nur durch friedliche Mittel angestrebt werden sollen.

Außerdem hat Amerika eine Denkschrift an die Kriegsführenden gerichtet, in der es der festen Hoffnung Ausdruck gibt, daß China und Rußland keinerlei feindliche Maßnahmen ergreifen und in Zukunft die Möglichkeit finden, alle Streitfragen friedlich zu lösen. Die öffentliche Meinung der gesamten Welt gegenüber China und Rußland werde in großem Maße davon abhängen, wie beide Mächte diese heiligen Versprechungen ausführen.

Staatssekretär Stimson führte in einer amtlichen Erläuterung zu dem Memorandum aus, daß die amerikanische Regierung seit Tagen über die Lage in Ostasien mit den auswärtigen Regierungen verhandele. Es sei ihm aus sicherer Quelle berichtet worden, daß die Feindseligkeiten in Ostasien nicht aufhörten. Es sei jedenfalls klar, daß es zwischen chinesischen und russischen Truppen zu ernsten militärischen Zusammenstößen gekommen sei, obwohl die Ursachen und der Umfang derselben nicht feststünden. Außerdem habe er feststellen müssen, daß in der Zeit, als die Feindseligkeiten anfingen, keinerlei Schritte seitens Rußlands und Chinas erfolgt seien, um eine friedliche Regelung herbeizuführen.

Die Wirksamkeit des Kelloggvertrages hänge von der Aufrichtigkeit der Regierungen ab, die den Vertrag unterzeichnet haben, und seine einzige Sicherung liege in der gewaltigen Macht der öffentlichen Meinung der Welt. Wenn die Ereignisse in der Mandschurei ohne Beachtung oder Proteste durch die Staaten des Kelloggvertrages verliefen, werde die starke Wirkung der öffentlichen Meinung der Welt in der Richtung der Festigung des Friedensgedankens beeinträchtigt.

Daß der Erfolg wahrscheinlich recht problematisch sein wird, zeigt folgende Meldung aus Moskau, nach der Rykow erklärte:

Es seien Nachrichten verbreitet worden, wonach sich die Großmächte in den Streit einmischen wollten, Moskau verfolge diese Meldungen mit großer Besorgnis. Die Sowjetunion lehnte entschieden jede Einmischung irgendwelcher Großmächte ab. Rykow sprach dann von den Verdiensten der Roten Armee in dem Kampf gegen die chinesischen Generäle und erklärte, daß die russischen Rechte an der chinesischen Ostbahn unverzüglich wieder hergestellt werden müßten.

Ein zweiter Cato.

⊹ **Paris**, 4. Dezember.

Das Testament Clémenceaus hat folgenden Wortlaut: „Paris, 28. März 1929. Dies ist mein Testament. Ich will in Colombier an der Seite meines Vaters beigesetzt werden.

Mein Leichnam soll ohne jeden Trauerzug und ohne Feierlichkeit aus dem Sterbehaus an die Begräbnisstelle überführt werden. Eine Entfernung irgendwelcher Körperteile soll nicht erfolgen. Keine Kundgebungen, keine Einladungen, keine Zeremonie.

Um das Grab herum ein Eisengitter ohne Namen wie bei meinem Vater. In meinen Sarg soll man meinen Spazierstock aus meiner Jugendzeit und die kleine Schachtel legen, die sich in der linken Etage der oberen Etage meines Glasschrankes befindet. Dahinein soll man das kleine Buch meiner Mutter legen. Endlich sollen die beiden kleinen getrockneten Blumensträuße in den Sarg gelegt werden, die sich auf dem Kamin im Gartenzimmer befinden. Der kleine Blumenstrauß soll in die Granate gesteckt werden, die den größeren Strauß enthält, und alles soll neben meinem Leichnam niedergelegt werden."

Zum Schluß setzt Clémenceau seinen treuen Freund Pietri zum Testamentsvollstrecker ein, dem sein Sohn Michel und ein Notar zur Seite stehen sollen.

Das kleine Kästchen, das Clémenceau erwähnt, stammt von seiner Mutter. An jedem Geburtstag pflegte sie es neu mit Erinnerungen und Geschenken zu füllen. Die Blumen, von denen Clémenceau spricht, wurden ihm von Soldaten an der Champagne-Front vor der deutschen Offensive im Juli 1918 überreicht. Der zweite Teil des Testaments gilt der Verteilung der Hinterlassenschaft Clémenceaus.

Um das Warndtgebiet.

Separatistische Umtriebe der Saar-Regierungskommission.

= **Saarbrücken**, 4. Dezember.

Neuerdings sind auf einigen Saargruben, besonders auf der Grube Clarenthal, die jetzt Grube Calmalet genannt wird, viele Neueinstellungen von Bergleuten erfolgt, aber lediglich auf Grund der Beitrittserklärung zum separatistischen Warndtbund. Die Arbeiterschaft sieht sich vielfach aus Not zur Unterschrift genötigt.

Sehr unliebsam wird allgemein vermerkt, daß die Regierungskommission die Gemeindebehörden dahin angewiesen hat, denjenigen beschäftigungslosen Arbeitern, die unter diesen Umständen im Saarbergbau keine Arbeit annehmen wollen, keine Erwerbslosenunterstützung mehr zu zahlen. Die Saarregierung nimmt damit bewußt zu Gunsten der Französierungsbestrebungen Stellung. In letzter Zeit ist der Warndtbund sogar zur Hauswerbung in den Bergmannsdörfern übergegangen.

Auch darüber wird geklagt, daß die Bergwerksdirektion immer noch einen Druck zum Besuch dieser oder jener französischen Volksschule ausübt. Umso verwerflicher ist diese Erpressung, als die Rückkehr des Saargebietes zum Reich nicht mehr fern ist. Die öffentliche Meinung vertritt im Gegenteil den Standpunkt, daß es höchste Zeit sei, mit dem Abbau dieser noch bestehenden Schulen bald zu beginnen.

*

Nach allen üblen Erfahrungen, die Franzosen und Französlinge gerade im Saargebiet gemacht haben, sollte man annehmen, daß sie ihre vergeblichen Bemühungen und Liebeswerbungen endlich einstellen würden. Die Saarbergleute in der großen Mehrzahl lassen sich nicht einfangen. Daran ändert auch der übel beleumundete und bedeutungslose Warndtbund nichts. Scharf muß allerdings zurückgewiesen werden, daß die vom Völkerbund eingesetzte „neutrale" Regierungskommission die Geschäfte Frankreichs besorgt und das zu einer Zeit, da in Paris die Verhandlungen wegen der Rückgliederung des Landes in Gang gekommen und Verhandlungen, über deren Ergebnis auch die derzeitigen Machthaber sich keinen Illusionen mehr hingeben können.

Die belgische Kabinetts-Krise.

Noch keine Regierung gebildet.

○ **Brüssel**, 3. Dezember.

Der Nationalrat der Liberalen Partei beschäftigte sich mit der politischen Lage und besonders mit der Sprachenfrage. Es wurde eine Entschließung angenommen, die keinen Zweifel darüber läßt, daß die Liberale Partei für eine Flamisierung der Genter Universität eintritt. Da sich auch die Christlich-demokratische Partei, die ebenfalls eine Sitzung abgehalten hat, für die sofortige Flamisierung der Genter Universität ausgesprochen hat, erwartet man, daß die Bildung eines katholisch-liberalen Kabinetts möglicherweise erfolgen wird.

Es bleibt allerdings noch die Frage der Spezialschulen zu klären, die der Universität angegliedert sind. Da die Liberalen im Gegensatz zu den Flamen fordern, daß bei diesen Schulen flämische und französische Abteilungen eingereiht werden und daß das Parlament über diese Frage entscheiden soll, wird allerdings eine Verzögerung in der Regierungsbildung für möglich gehalten. Ueber diese Frage sind deshalb zwischen den beiden Parteien Verhandlungen eingeleitet worden.

Ein unzulässiger Gesetzentwurf.

Um den Einfluß des Reichs an der Reichsbahn.

⊶ **Berlin**, 3. Dezember.

Soweit durch die bisherigen Veröffentlichungen das über dem neuen Reichsbahngesetz schwebende Dunkel gelüftet ist, erscheint es notwendig, sich näher mit diesem Gesetzentwurf zu befassen. Es muß festgestellt werden, daß die Zugeständnisse bezüglich der

Verstärkung des Reichseinflusses auf die Reichsbahngesellschaft

als durchaus unzulänglich bezeichnet werden müssen. Daß dem Reichsverkehrsminister Sitz und Stimme im Verwaltungsrat verwehrt werden soll, daß weiter die Reichsbahngesellschaft nicht verpflichtet sein soll, die ihrer Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zugrunde liegenden Rechnungsbelege und Abschlüsse der Reichsregierung zur Einsichtnahme vorzulegen, erscheint in Anbetracht dessen, daß die Reichsbahn noch immer im Besitz des Reichs sich befindet, und

das Reich, der größte Aktieninhaber

ist, eine völlig unmögliche Regelung zu sein. Es muß gefordert werden, daß eine dem Parlament verantwortliche Instanz der Reichsbahngesellschaft eingefügt wird, welche verpflichtet ist, auf Verlangen dem Parlament über alle Fragen Auskunft zu geben und die Forderung des Parlaments bei der Geschäftsführung der Gesellschaft durchzusetzen. Das ist umso notwendiger, als das Reich die Haftung für die Reparationsauflage der Reichsbahn im Betrage von 660 Millionen Mark zu tragen hat. Eine starke Reichskontrolle hat sich nach den Erfahrungen, die seit der Wirksamkeit der Reichsbahngesellschaft gemacht worden sind, als sehr dringlich erwiesen.

Sowohl in der Tarif-, Personal-, Auftragserteilungs- und Subventionspolitik der Reichsbahn haben sich Mißbräuche eingebürgert, deren Beseitigung die Oeffentlichkeit dringend fordert, denn es ist unmöglich, daß es die Reichsbahngesellschaft als ihr Recht betrachtet, geheime Tarife zu erstellen und daß ihr Verwaltungsrat in der Vergebung von Aufträgen die Möglichkeit bietet, einzelne seiner Mitglieder zu bevorrechtigen. Es ist ferner unerträglich, daß die leitenden Persönlichkeiten mit Einkünften ausgestattet werden, die das Vielfache dessen betragen, was gleichgeartete höhere Reichsbeamte beziehen, und daß eine Kontrolle über die Höhe der Bezüge und über den Kreis der Bezieher nicht möglich ist.

Erhebliches Aufsehen hat die Tatsache erregt, daß die Reichsbahnhauptverwaltung auch Zeitungssubventionen nach Gutdünken eingeführt hat. Schließlich handelt es sich doch wohl um öffentliche Gelder, die hier verwendet werden, deren unumschränkte Verfügung wohl nicht in der Hand des Verwaltungsrates wie bisher bleiben kann. Das Fortbestehen eines Tarifgerichtes, das auch in Beamtenfragen entscheiden soll, greift in

die Souveränität des alleinigen Gesetzgebers,

der deutschen Volksvertretung ein. Ein solches Gericht kann nicht zugestanden werden.

50 Unterschriften für ein Mißtrauensvotum

Aenderung der Reichstags-Geschäftsordnung.

⊶ **Berlin**, 4. Dezember.

Bei der Mehrheit der Reichstagsparteien besteht die Absicht, eine Aenderung der Geschäftsordnung insofern vorzunehmen, als nicht wie bisher nur 15 Unterschriften für einen Mißtrauensantrag genügen, sondern es sollen dafür 50 Unterschriften notwendig sein. Dabei wird von der Erwägung ausgegangen, daß für die Einbringung einer Interpellation 30 Unterschriften erforderlich sind, und daß bei Anträgen auf namentliche Abstimmung eine Unterstützung durch 50 Abgeordnete notwendig ist, so daß sachlich eine solche Erhöhung der Unterschriftenzahl bei Mißtrauens- und Vertrauensanträgen durchaus notwendig und angängig erscheint.

Bei den bisherigen Besprechungen hat sich lediglich die Bayerische Volkspartei gegen eine solche Neuregelung ausgesprochen. Es wird demgemäß voraussichtlich eine Aenderung der Geschäftsordnung erfolgen. In dem Zusammenhange werden noch andere Fragen geklärt werden, insbesondere, ob es noch möglich ist, einen Mißtrauensantrag gegen einen einzelnen Minister zur Abstimmung zu bringen, wenn ein Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett bereits von der Mehrheit abgelehnt worden ist.

Auslieferungs- und Lichtspielgesetz.

Das beschlußunfähige Haus.

⊶ **Berlin**, 4. Dezember.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Der Verlängerung der Geltungsdauer des Steuermilderungsgesetzes über die Erleichterung von Betriebszusammenschlüssen wird endgültig in dritter Lesung zugestimmt. Das Haus setzt dann

die Abstimmungen zum Auslieferungsgesetz

fort, bei denen sich in der Montagsitzung die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergeben hatte. Der sozialdemokratische Antrag, daß die Auslieferung nur zulässig ist, wenn die Gewähr besteht, daß keine nach deutschem Strafgesetz unzulässige Strafe vollstreckt wird, wird abgelehnt, ebenso der weitere Antrag, die Auslieferungshaft auf vier Monate zu beschränken. Abgelehnt wird auch der Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Streichung der Zuständigkeit des Reiches.

Zugestimmt wird einem Antrag, wonach das neue Gesetz am 1. April 1930 in Kraft treten soll.

Bei der dritten Beratung wird über einen Antrag im Hammelsprung entschieden, den bei der zweiten Beratung auf kommunistischen Antrag eingefügten § 4a wieder zu streichen, wonach die Auslieferung nicht zulässig ist, wenn das Höchstmaß der angedrohten Strafe drei Jahre Gefängnis nicht übersteigt. Für die Streichung werden 131, dagegen 115 Stimmen abgegeben.

Da zur Beschlußfähigkeit 247 Abgeordnete gehören, also eine Stimme fehlt, ist das Haus beschlußunfähig. Das Haus nimmt diese Mitteilung mit großer Heiterkeit auf.

In einer wenige Minuten später anberaumten neuen Sitzung steht die erste Beratung der

Novelle zum Lichtspielgesetz

auf der Tagesordnung.

Abgeordneter Mumm (dnatl.) führt aus, das vorliegende Gesetz reiche nicht aus zur Erfüllung der vom Reichstag in einer Entschließung aufgestellten Forderung nach verschärften Waffen gegen Schund und Schmutz im Lichtspielwesen. Abgeordneter Maslowski (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden diese Forderung ablehnen. Abgeordneter Siegfried (Wirtsch.-P.) meint, die gesamte Filmindustrie betrachte den vorliegenden Entwurf als ein Rückwärtsgesetz schlimmster Art. Abgeordneter Schreck-Bielefeld (Soz.) betont, die ungeheure Bedeutung des Films für das ganze Kulturleben könne heute niemand

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291205-12/fragment/page=0001

mehr leugnen. Darum dürfe der Polizei nicht die Macht gegeben werden, diese günstige Entwicklung zu gefährden. Abgeordneter Dr. Schreiber (Ztr.) erklärt, die Filmindustrie sei nicht nur eine Wirtschaftsfrage, sondern eine geistige Frage für unsere Gesamtpolitik. Mit dem Kampfruf gegen die Zensur sei diese wichtige Kulturfrage nicht zu lösen. Abgeordnete Frau Lang-Brumann (Bayer. Vp.) ist der Meinung, die Feststellung, was ein Schundfilm sei, werde auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die Vorlage geht an den Bildungsausschuß.

Ohne Aussprache genehmigt das Haus die Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben der Jahre 1918 bis 1924.

Es folgte die Beratung der Denkschrift über die Ablösung der Marktanleihe. Der Ausschuß faßt eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, in eine Prüfung der Frage einzutreten, in welcher Weise für solche bedürftigen Personen, deren Anträge auf Grund des Abgeordnetengesetzes endgültig abgelehnt werden müsse, aus besonderen Gründen eine angemessene Unterstützung flüssig gemacht werden kann. Weiter soll für die von den Ablösungsrechten bezogenen Zinsen Steuerfreiheit vorgesehen werden. Der Präsident empfahl Vertagung der Beratung, um sie in Gegenwart des Ministers später fortzusetzen. Das Haus stimmte zu und vertagte sich auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Republikschutzgesetzes.

Deutschnationaler Parteivorstand tagt . . .

Ausschlußverfahren gegen Hartwig, Hülser und Lambach.

— **Berlin**, 4. Dezember

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat mit 69 gegen 9 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen den Beschluß gefaßt, gegen die Abgeordneten Hartwig, Hülser und Lambach wegen ihrer Veröffentlichung, die ein absichtliches und bewußtes Abrücken von der Gesamtpartei darstelle, und zwar in einem Augenblick, in dem ein solches von den Parteiorganen ausdrücklich als unangebracht und für die nationale Bewegung abträglich anerkannt sei, gemäß Paragraph 19 der Satzungen von amtswegen das Ausschlußverfahren einzuleiten."

Die der Verletzung der Parteidisziplin beschuldigten drei deutschnationalen Abgeordneten sind dem Parteivorstand zuvorgekommen und haben in einem Schreiben an den Vorsitzenden ihren Austritt aus der Partei gemeldet. Ihnen haben sich noch drei andere Abgeordnete angeschlossen: die Abgeordneten Könne, Lejeune-Jung und Treviranus sind ebenfalls aus der Partei ausgetreten. Welche Bewegung innerhalb der Partei und innerhalb der Reichstagsfraktion dieser Entschluß nach sich ziehen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Die Sitzung des Parteivorstandes dauerte ziemlich lange; es ist dabei auch verschiedentlich zu heftigen Angriffen gegen den Parteivorsitzenden Hugenberg gekommen. Es ist nicht zu verkennen, daß die bis vor kurzem scheinbar so festgefügte Deutschnationale Volkspartei eine schwere Krise zu bestehen hat, was im Interesse der wichtigen Entscheidung, die das deutsche Volk noch vor Weihnachten treffen soll, zu bedauern ist. Nach den Berichten über die Parteivorstandssitzung bleibt die Partei allerdings festgefügt, ihr Fundament ist nicht beschädigt, aber es wird große Umsicht der führenden Männer erforderlich sein, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei zu überbrücken und wieder eine geschlossene Abwehrfront gegenüber der auf Untergrabung des vaterländischen Gedankens hinzielenden heutigen Mehrheitskräfte zu schaffen.

Dr. Scholz Parteiführer der D.V.P.

Berlin, 4. Dezember. **Der Reichsausschuß und der Parteivorstand der deutschen Volkspartei haben eine Sitzung abgehalten, in der einstimmig die Wahl des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz zum Parteiführer vorgeschlagen wurde. Die Sitzung des Zentralvorstandes, in der die Wahl des neuen Parteiführers vorgenommen wird, ist auf den 14. Dezember nach Berlin einberufen worden.**

Aufteilung Mitteldeutschlands?

Der Plan des sächsischen Landeshauptmanns.

In Halle hielt der Landeshauptmann der Provinz Sachsen Dr. Hübener vor dem Wirtschaftsverband Mitteldeutschlands im Zusammenhang mit der geplanten Reichsreform einen Vortrag. Er wandte sich gegen die Vorschläge, die auf eine engere Verbindung zwischen Thüringen und Sachsen hinaus laufen und bezeichnete es als zweckmäßiger, Mitteldeutschland in drei wohlabgerundete leistungsfähige Provinzen zu teilen.

Der jetzige Freistaat Sachsen könne nach den Ausführungen des Landeshauptmanns im großen und ganzen in seiner jetzigen Gestalt als Reichsprovinz fortbestehen. Dagegen müßten in einer Reichsprovinz Thüringen alle jetzt preußischen Gebietseinschlüsse einbezogen werden. Als wesentlich sei eine größere Berichtigung der nördlichen Grenze anzusehen. Erfurt sollte hierbei als wirtschaftlicher Mittelpunkt gelten und durch keine Grenze mehr von dem Hauptgebiet Thüringen abgeschlossen sein.

Was nach dieser Neueinteilung noch von der Provinz Sachsen übrig bleibt, soll mit dem Freistaat Anhalt vereinigt werden. Rein rechnerisch würde der jetzige Freistaat Sachsen, künftig Obersachsen mit 14 900 Quadratkilometer und 4,9 Millionen Einwohnern bestehen bleiben. Sachsen-Anhalt würde ein Gebiet von 25 600 Quadratkilometer (jetzt 25 200) und 3,2 Millionen Einwohnern und Thüringen mit 14 800 (jetzt 11 700) Quadratkilometern und 2,1 Millionen Einwohnern (jetzt 1,6 Millionen) umfassen.

Aus dem In- und Auslande.

Wichtige Beamtenfragen im Reichstagsausschuß.

Berlin, 3. Dezember. **Der Beamtenausschuß des Reichstags wird in seiner Sitzung vom 3. Dezember über das Koalitionsrecht und Petitionsrecht der Eisenbahner, über die Petitionen der zu anderen Verwaltungen übergetretenen Postbeamten und über die Denkschrift betreffend Fragen der Ergänzungsprüfung beraten.**

In Prag wird weiter verhandelt.

Prag, 4. Dezember. Ministerpräsident Udržal hat die Beratungen mit den Parteiführern fortgesetzt. Nach dem Parteitag der deutschen Sozialdemokraten sieht er sich einer geschlossenen Front gegenüber. Die deutschen Sozialdemokraten lehnen das ihnen zugesagte Ernährungsministerium ab, der Bund der Landwirte das Ministerium für Gesundheitswesen. Die Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten waren jetzt bei Udržal. Der Ministerpräsident erklärte ihnen, daß er bereit sei, das Innenministerium statt mit einem Fachmann mit einem Politiker zu besetzen, deutete aber an, daß dieses Ministerium dann den tschechischen Agrariern zufallen müßte.

Protest der deutschen Partei in Rumänien.

Bukarest, 4. Dezember. Der Vorstand der deutschen Partei in Rumänien hat beim Ministerpräsidenten Maniu einen Protest gegen die Auflösung des vorläufigen Ausschusses der Handelskammer in Kronstadt eingebracht. Es wird erklärt, daß diese Maßnahme nur getroffen worden sei, weil es die deutsche Partei abgelehnt habe, die Mehrheit, die auf Grund des Bevölkerungsverhältnisses den Deutschen zukomme, an die Rumänen abzugeben. Die Leitung der Partei erklärt, daß sie sich gegen alle Versuche, die deutsche Mehrheit in eine Minderheit umzuwandeln, zur Wehr setzen werde.

Neue Kolonistenverhaftungen in Moskau.

Riga, 4. Dezember. Die Stimmung unter dem zweiten deutschen Kolonistentransport aus Rußland in Stärke von 363 Personen, der Riga passierte, war bedeutend gedrückter als die des ersten Transportes. Wie bereits gemeldet, sind in Moskau kurz vor Abgang des Transportes verschiedene Familien noch auf dem Bahnhof verhaftet worden.

Verkauf Kaschmirs an die britische Regierung?

London, 3. Dez. **In Indien sind Gerüchte in Umlauf, daß Sir Hari Singh, der Maharadscha von Kaschmir, die Absicht habe, Kaschmir an die britische Regierung zu verkaufen. Das Kaschmirgebiet umfaßt 80 900 Quadratmeilen mit drei Millionen Einwohnern und zählt zu den fruchtbarsten Gegenden von Indien. Der Maharadscha ist zugleich Herrscher über den Staat Dschamma an den Abhängen des Himalayagebirges. Kaschmir wurde im Jahre 1846 einem Vorfahr des Maharadschar in Anerkennung für geleistete Dienste für den geringen Preis von zehn Millionen Mark verkauft. In amtlichen englischen Kreisen haben diese Gerüchte großes Erstaunen hervorgerufen. Sie werden als höchst unwahrscheinlich, wenn auch nicht als unmöglich bezeichnet.**

Mordanschlag auf frühere albanische Minister in Athen.

Athen, 4. Dezember. Auf die Führer der hiesigen albanischen Emigranten, die früheren albanischen Minister Kosta Tassi und Ali Beg Kissura wurde hier von unbekannten Tätern ein Anschlag verübt. Tassi wurde leicht verwundet, Kissura blieb unverletzt. Die Polizei nahm zwei Verhaftungen vor. Tassi behauptet, daß die Täter dem albanischen Gesandten in Athen nahestehen und daß es sich um einen von den Anhängern des Königs Zogu bestellten Anschlag handelt.

Der 3. Januar als Konferenztermin.

Paris, 4. Dezember. Wie der „Matin" mitteilt, erklärte Ministerpräsident Tardieu im Anschluß an die interministeriellen Besprechungen über die Vorbereitungen zur zweiten Haager Konferenz, daß er immer noch hoffe, daß die Konferenz am 3. Januar zusammentreten könne.

Kleine politische Meldungen.

Abzug der Engländer am 12. Dezember. Nach einer amtlichen Mitteilung des französischen Oberkommissars für das Rheinland werden die englischen Truppen am 12. Dezember endgültig das Rheinland verlassen.

Polnischer Propagandakursus in Thorn. In Thorn wird im Januar unter dem Protektorat des Handelsministers Kwiatkowski ein fünftägiger Kursus für Journalisten und Publizisten über die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Korridors für Polen stattfinden.

Ein schwedischer Deutschenfreund. Generaldirektor Sven Palme wird 75 Jahre alt. Er hat als Präsident der schwedisch-deutschen Vereinigung in Stockholm außerordentlich viel für die deutsch-schwedischen Beziehungen getan.

Aus der Umgegend

Nebra, 5. Dezember.

— **Generalversammlung des Schrebergartenvereins.** 1/2 3 Uhr eröffnete der 2. Vorsitzende die Versammlung. Die Niederschrift der vorigen Generalversammlung wurde verlesen und genehmigt. Der alljährlich zu wählende Gartenausschuß unter Vorsitz des 2. Vorsitzenden Hartmann wurde wiedergewählt. Die Vorstandswahl hat erst 1931 zu erfolgen. Da im nächsten Jahre die Gartenanlage 10 Jahre besteht, soll im Juni ein Gartenfest stattfinden. Der Beitrag wird darum für 1930 um 50 Pf. erhöht. Die Rechnung wurde gelegt. Die Kassenprüfer berichteten, daß sie in 2 Prüfungen die Kassen in Ordnung fanden. Dem Kassenführer konnte Entlastung erteilt werden. In jedem Jahr wird durch die Mitglieder eine Summe von 575 RM. zur Verbesserung der Gartenanlage aufgebracht. In verflossenen Jahren wurde die Wasserleitung gelegt. Im nächsten Jahr wird mit der Instandsetzung der Wege begonnen. Der große Weg (352,50 m lang) soll mit einer 10 cm hohen Schicht Kokksschlacke versehen werden. Der Vorsitzende trug eine genaue Berechnung der Kosten vor. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage zu. Dabei entwickelte sich eine lebhafte Debatte über die Unzulänglichkeit der Wasserleitung. Einige Mitglieder wollten vor Beginn dieser Arbeiten eine nochmalige Verbesserung der Wasserleitung haben. Die Möglichkeit wurde stark angezweifelt; man einigte sich, ein Gutachten von zwei Fachleuten einzuholen. In dem letzten harten Winter sind die Obstbäume durch Hasenfraß sehr empfindlich geschädigt worden. Deshalb wurde in Erwägung gezogen, den Außenzaun mit einem 1 m hohen Drahtgeflecht zu versehen. Da das wieder eine hohe Geldausgabe wird und der Erfolg sehr fraglich erscheint, soll es unterbleiben. Jeder soll seine Bäume selbst schützen. Durch den Zaun an der Ostseite sind viele Dornen durchgewachsen. Wie schon durch Rundschreiben, so wird heute nochmals bekanntgegeben, daß diese Sträucher entfernt werden müssen, um mit dem Feldnachbar in Frieden leben zu können. Die Firma Schneider wird ihre Schlacke an ein Tor der Gartenanlage fahren, wo jeder Einzelpächter wegfahren kann. Da widerrechtlich mehrere Hochstämme gepflanzt wurden, wird heute beschlossen, diese stehen zu lassen, in Zukunft aber keine Bäume mit einem Stamm über 1,30 m Länge anzupflanzen. Zum Gießen der Gärten sollen Schläuche nicht benutzt werden. Auch kann im Interesse der Allgemeinheit nicht gestattet werden, daß sich Garteninhaber mehr als eine Zapfstelle anlegen. Die Schlüssel zu den Haupttoren befinden sich beim zweiten Vorsitzenden Hartmann. Nach Beschüttung der Wege mit Schlacke dürfen große Wagen nicht mehr in die Anlage fahren. Die Tore sind im Sommerhalbjahr bei Eintritt der Dunkelheit, im Winterhalbjahr immer zu schließen.

— **Theater.** Das zweite Gastspiel des Frankenhäuser Kurtheaters am Freitag im Schützenhaus bietet uns das zugkräftige Meyer-Förstersche Schauspiel „Alt Heidelberg". Das Stück wurde am Sonntag in Roßleben vor einem vollen Hause mit großem Erfolg gespielt. Die „Roßl. Ztg." schreibt darüber: „. . . Die Hauptpersonen, der Erbprinz Karl-Heinrich und Käthi fanden in Arno Riedel und Ilse Meindel eine prächtige Wiedergabe; ihnen gebührt uneingeschränktes Lob. Der Prinzenerzieher Dr. Jüttner wurde von Dir. Knüppel mit allen Feinheiten der Rolle dargestellt; Kammerdiener Lutz fand in Hans Plasil eine würdige Vertretung. Als verknöcherter Staatsminister von Haugk fand Felix Schwan stets den rechten Ton. Die Rollen der Frau Rüder und Frau Dörffel lagen bei Mia Farrina und Fanny Kretschmar in besten Händen. Das Zusammenspiel war auch recht gut, sodaß die Aufführung ohne Zweifel als Erfolg angesprochen kann." — Die hiesigen Theaterfreunde hatten bei der ersten Vorstellung des Ensembles bereits Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß die Truppe durchaus leistungsfähig und der Unterstützung des theaterliebenden Publikums würdig ist.

— **Kältewelle im Anmarsch?** Wenn die Meteorologen mit ihren Prophezeihungen für die nächsten Tage recht behalten, findet die ungewöhnlich lange Schönwetterperiode dieses Jahres nunmehr ihr Ende. Wir sollen in Kürze winterliche Kälte und wahrscheinlich auch die ersten Schneefälle bekommen.

— **Die Autobuslinie Querfurt—Freyburg—Naumburg** wurde, wie das „Querfurter Tageblatt" meldet, von der Firma Schmiedehausen an die Reichspost verkauft. Die Post übernimmt den Betrieb ab 1 Januar. Die Firma Schmiedehausen hat sich mit der Einführung dieser Linie um die Verkehrsverbesserung in unserem Kreise sehr verdient gemacht.

— **Die Weinernte im Unstruttal.** In Freyburg fand jetzt die Generalversammlung des Wein- und Obstbauvereins statt, in der Bericht über die diesjährige Weinernte erstattet wurde. Das Ergebnis ist besser als das des Vorjahres, wenngleich die furchtbare Kälte des Winters in den Weinbergen auch erhebliche Schäden angerichtet hat. Die Ernte erfolgte zwei bis drei Wochen später als in anderen Jahren. Der reiche Sonnenschein und Regen haben eine Qualität erzeugt, wie sie lange nicht dagewesen ist. Die Erntemengen sind sehr gering. Es wurden nur 5—15 Zentner je Morgen eingebracht.

— **Gauturnausschuß-Sitzung des Kyffhäusergaues (D. T.).** Die Fach- und Bezirksturnwarte des Gaues trafen sich am Sonnabend in Helbra, dem Ort des diesjährigen Gauturnfestes. Nach Begrüßungsworten des Gauobtw. Zietz-Nordhausen und des Vorsitzenden F. Steinberg ehrte man das Andenken des verstorbenen Bez.-Zw. F. Liebing-Sangerhausen durch Erheben von den Plätzen. Sodann gab Zietz ausführliche Berichte über die stattgefundenen Kreisveranstaltungen. — Der Gründung einer Gauvorturnervereinigung der Gaubesten stimmte man zu und ergeht hierzu Ausschreibung im Kreisblatt. — Für Bezirksfachwarte sollen Lehrstunden eingerichtet werden. — Die Bezirkskampfgerichte für das Turn- und Sportabzeichen wurden namhaft gemacht. — Das Gauturnfest findet vom 11. bis 18. Juli in Helbra statt und wurde hierfür das Uebungsprogramm festgesetzt Es werden hierbei alle Fachgebiete zu ihrem Rechte kommen. — Der Gau entsandte im lfd. Jahr 11 Turner und Turnerinnen zu Lehrgängen an der Deutschen Turnschule. — Sämtliche von Vereinen veranstalteten Wettkämpfe, die über den Bezirk hinausgehen, müssen beim Bezirk gemeldet werden; Städtewettkämpfe beim Kreis, Ortswettkämpfe beim Gau gemeldet werden. — Für die weitere Finanzierung der Gaujugendburg sollen Anteilscheine ausgegeben werden. — Der Arbeitsplan für 1930 wurde festgesetzt und bringt eine Anzahl Vorturnerstunden für Männer und Frauen, verschiedene Jugendveranstaltungen auf der Jugendburg, Lehrveranstaltungen der Schwimmer und Spieler, eine Pressetagung sowie ein Gaufpielfest. — Dem Gauobterturnwart wurde einstimmig das Vertrauen des Gauturnausschusses ausgesprochen.

— **Bewerbungen von Versorgungsanwärtern um Stellen im Gemeindedienst.** Die Zurückweisung von Bewerbungen der Versorgungsanwärter um Stellen im Dienste der Gemeinden und Gemeindeverbände darf gemäß § 22 der Anstellungsgrundsätze nur erfolgen, wenn die Anwärter den an sie zu stellenden Anforderungen nicht entsprechen. Die Bewerbungen dürfen jedoch nicht ohne weiteres deshalb zurückgewiesen werden, weil bereits Bewerber in ausreichender Zahl vorgemerkt sind.

— **Bestrafte Schwarzhörer.** In den Monaten Juli bis September 1929 sind, wie jetzt bekanntgegeben wird, wegen nichtgenehmigter Errichtung oder nichtgenehmigten Betriebs von Funkanlagen 217 Personen rechtskräftig verurteilt worden gegenüber 177 im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 238 in den Monaten April bis Juni 1929. Abgesehen von der Einziehung des vorgefundenen Funkgeräts ist zum Teil auf recht empfindliche Strafen (Geldstrafe bis 100 Mark, in einem Falle zwei Wochen Gefängnis) erkannt worden. Unter den Verurteilten befinden sich 9, die wegen Beihilfe oder Mittäterschaft verurteilt wurden. Eine Person wurde wegen Pfandverschleppung mit einer zusätzlichen Strafe von 20 Mark belegt.

Laucha. Die neue Stadtvertretung steht vor wichtigen Aufgaben, denn sie soll über den Bau einer Wasserleitung und über ein Kanalisationsprojekt beschließen. Der Baukostenvoranschlag beläuft sich für beide Projekte auf 450 000 Mark. Diese Summe ist für das industriearme Städtchen allerdings sehr hoch, ihre Verzinsung und Amortisation wird schwer fallen, andererseits aber wäre es doch ein Segen für die Einwohnerschaft, wenn die Wasserkalamität beseitigt werden könnte. Um die Ansicht der Bürgerschaft zu erforschen, fand am Donnerstag v. W. eine Bürgerversammlung statt, in der es recht lebhaft herging, zu einer Klärung der Angelegenheit jedoch nicht kam. Die Entscheidung über dieses Problem wird somit das neue Stadtparlament fällen müssen. Gewiß eine recht undankbare Anfangsarbeit.

Merseburg. Durch den Braunkohlen-Tagebau und Abraumbetrieb der Gewerkschaft „Leonhardt" wird neuerdings der Nordwestteil des Dorfes Neumark, Kreis Merseburg, in Mitleidenschaft gezogen. Wie wir dazu erfahren, sind die notwendigen Sicherungen getroffen. Das Bauamt in Querfurt überwacht die in Frage kommenden Häuser, die, soweit es notwendig ist, bereits gerähmt sind. Es schweben auch Verhandlungen bezüglich der Schadenersatzfrage, wie sie in ähnlichen Fällen bereits wiederholt geführt worden sind.

Halle, 3. Dez. Die Beraubung des Kassenboten Dünicke bei Schkeuditz ist nun auch insofern aufgeklärt, als die Hallesche Kriminalpolizei den Namen des Räubers ermittelt hat. Der junge Kassenbote hatte, als er aus dem Auto hinausgeworfen wurde, sich die Nummer des Autos gemerkt. Es gehörte einem Leipziger Einwohner, von dem es der Bandit geliehen hat. Der Räuber ist ein übelbeleumdeter Mensch, der in Zuhälterkreisen verkehrt. Die Hallesche Kriminalpolizei, die unbegreiflicherweise immer noch der Presse nähere Angaben verweigert, verschweigt den Namen noch. Der 15jährige Kassenbote hatte von seiner Firma 26 000 RM. erhalten, von denen er 23 000 RM. beim Halleschen Bankverein abliefern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291205-12/fragment/page=0002

und 3000 RM. an anderer Stelle einzahlen sollte. Der Räuber hat anscheinend von den 26000 RM. durch einen Zufall erfahren und daraufhin den Raubplan entworfen. Der beraubte Bote leidet seit dem Ueberfall an Schreikrämpfen und wurde in nervenärztliche Behandlung gebracht.

Hohenmölsen, 2. Dez. In der vorletzten Nacht hat ein 19jähriger Bursche eine Hebamme unter dem Vorwande, sie solle bei der Entbindung seiner Frau Hilfe leisten, aus ihrer Wohnung gelockt. Unterwegs hat der Bursche die Frau überfallen, ihr Erde in den Mund gesteckt, um sie am Schreien zu hindern und sich an ihr vergangen. Er wurde verhaftet. Der Täter ist der Schmied Hugo Hoffmann. Mehrfach wurde der Verdacht ausgesprochen, daß Hoffmann auch für den Baalsdorfer Mord in Frage kommen könne. Die Angelegenheit muß noch geprüft werden.

Bad Dürrenberg. Die Mutter wurde seine Verräterin. Nach langen Bemühungen ist es jetzt endlich gelungen, die Einbrecherbande dingfest zu machen, die in der letzten Zeit die Umgebung unsicher gemacht hatte. Es handelt sich bei den Dieben meist um 17- bis 20jährige junge Burschen. Die Entdeckung der Diebe ist durch Zufall erfolgt. Einer der Banditen hatte mit seiner Mutter Streit, die ihn Dieb und Einbrecher nannte. Die Landjäger erfuhren hiervon und nahmen den Einbrecher fest. Die zwei anderen Täter konnten nach einer aufregenden Jagd gleichfalls festgenommen werden.

Schraplau. Schußwaffen in Kinderhände. Als einige Kinder der Feldstraße mit einem Terzerol spielten, ging der Schuß los und traf das neunjährige Kind des Fuhrwerksbesitzers Wegeleben in den Kopf. Es mußte der Universitätsklinik in Halle überwiesen werden. Da die Kugel, die unter dem Auge saß, entfernt werden konnte, scheint ernste Gefahr nicht mehr zu bestehen.

Uftrungen Kr. Sangerhausen. Tod durch Blutvergiftung. Dem 24jährigen Sohn des Landwirtes M. von hier, war beim Umgehen mit einem Gewehr eine Kugel in den Fuß gedrungen. Er entstand Blutvergiftung durch Blei. Nach qualvollen Leiden ist der junge Mann gestorben.

Sitzenroda. Rabiater Fußgänger. Kurz vor Sitzenroda trafen ein Fußgänger und ein Radfahrer zusammen. Der Fußgänger wich nach links aus anstatt nach rechts, so daß ein leichter Zusammenstoß erfolgte. Der Fußgänger schlug darauf mit einem harten Gegenstand auf den Radfahrer ein, der vom Rade gestiegen war, so daß er erheblich verletzt wurde. Leider ist der rabiate Fußgänger bis jetzt noch nicht ermittelt.

Dessau, 2. Dez. Heute vormittag drang aus dem Hause Waldweg 11 in der Siedlung starker Gasgeruch. Nachbarn erbrachen die Wohnung und fanden die 30 Jahre alte Verkäuferin und deren 13jährigen Sohn durch Gas vergiftet auf. Offenbar hat Lebensüberdruß die Mutter zu diesem furchtbaren Schritt getrieben.

Dessau. Liebestragödie. Aus unglücklicher Liebe hat sich die im Hause ihres Vaters wohnende 37 Jahre alte unverheiratete Verkäuferin Emmy Deleiter mit ihrem 16 Jahre alten Sohn mit Leuchtgas vergiftet. Fräulein Deleiter stand in Beziehungen zu einem verheirateten Manne, der die Absicht hatte, sich scheiden zu lassen, um die Deleiter heiraten zu können. Die Scheidung wurde aber nicht erreicht, was sich diese Deleiter zu Herzen nahm. Ob Mord- und Selbstmord vorliegt, konnte nicht zweifelsfrei festgestellt werden, da die Verstorbene keinerlei Aufzeichnungen hinterlassen haben.

Dessau. Auch in Anhalt Ehrung kinderreicher Familien. Das Anhaltische Staatsministerium hat, dem Beispiel Preußens folgend, Bestimmungen über die Ehrung kinderreicher Familien erlassen. Eine solche Ehrung kann von Staats wegen dann erfolgen, wenn bei der Geburt des jüngsten Kindes in einer Familie nicht weniger als 12 Kinder am Leben sind. Mütter, die 12 eigene Kinder aufziehen, wird ein staatliches Ehrengeschenk von 100 Mark überreicht.

Bischofswerda, 2. Dez. Im benachbarten Dorfe Uhyst am Taucher wurde heute früh der 77jährige Rentenempfänger Knychatar mit einem Beil erschlagen im Bett aufgefunden. Knychatar lebte mit seiner 35jährigen Tochter allein. Diese war mehrere Jahre in der Irrenanstalt Arnsdorf untergebracht und erst im August d. J. versuchsweise entlassen worden. Sie hat die entsetzliche Tat in der dritten Morgenstunde ausgeführt. Sodann hat sie die Wohnung verschlossen und sich zu ihrer verheirateten Schwester begeben. Sie ist nicht vernehmungsfähig und wurde sofort wieder nach der Irrenanstalt gebracht.

Gera. Mit einem Hund verwechselt und erschossen. Infolge eines Irrtums kam der 70 Jahre alte Rentenempfänger Behr in Gleina ums Leben. Abends in der Dunkelheit ging er zu dem Ortseinwohner Patzer, um ihn zu bitten, daß er ihm seine Rente aus Gera mitbringen solle. Da die Haustür bei Patzer bereits geschlossen war, so klopfte B. Ein erwachsener Sohn des Patzer, der glaubte, daß an der Haustür ein Hund rumore, nahm ein Tesching und gab in der Dunkelheit einen Schuß nach der Haustür von einem Fenster aus ab. Der Schuß hatte ihm die Gedärme zerissen, so daß er im Krankenhaus an den Verletzungen verstarb.

Saalburg. Wilder Streik der Sperrenarbeiter. Ein Teil der Sperrenarbeiter, etwa 250 bis 350 Mann, sind in einen wilden Streik eingetreten. Die Streikenden fordern die Anerkennung eines Betriebsrates, die Wiedereinstellung zweier Arbeiter und Lohnerhöhung.

Rudolstadt. Frauenrache. Ein Eifersuchtsdrama spielte sich hier abends in der Kreuzstraße ab. Ein Baumeister ging mit seiner Nichte spazieren, als plötzlich eine Frau auf ihn zutrat und einen Schuß auf ihn abzugeben versuchte. Es gelang jedoch dem Baumeister, der Frau die Pistole im gleichen Moment aus der Hand zu schlagen, so daß der Schuß sein Ziel verfehlte. Der Baumeister hatte mit der Frau vor längerer Zeit ein Verhältnis, das er jedoch längst gelöst hatte. Sie verfolgte ihn bereits seit längerer Zeit.

Rudolstadt. Verschollener Betrüger wieder aufgetaucht. Der wegen Wechsel- und Kreditbriefschwindeleien gesuchte Berufsschullehrer Erich Krieghoff aus Ahlstädt, der bei einer Sturmflut auf der Insel Sylt ertrunken sein sollte, ist jetzt plötzlich wieder aufgetaucht und hat sich in Jena der Polizei gestellt.

Aus Nah und Fern.

Lübben. Ein schweres Bootsunglück, das ein Menschenleben forderte, ereignete sich in Lübben. Der Gastwirt Kurt E. hatte, obwohl sein Boot stark beladen war, noch zwei Personen aufgenommen. An der kleinen Amtsmühle, kurz vor dem Umflutkanal, kam das Boot ins Schwanken und sank nach kurzer Zeit. Zwei Personen konnten sich retten. Ein Insasse, Ernst Müller aus Radensdorf, ertrank. Die Leiche wurde geborgen.

Liegnitz. An selbstgebackenem Kuchen vergifteten sich hier acht Personen. Ein Enkelkind ist bereits den Folgen der Vergiftung erlegen.

Koburg. Großfürst Kyrill sind die Steuern zu hoch. Großfürst Kyrill von Rußland, der sich zum Zaren ausrufen ließ, verläßt seinen Koburger Wohnsitz und siedelt mit seiner Familie nach Frankreich über, wo er sich in Saint Briac, einer kleinen Besitzung, die dem Großfürsten gehört, niederlassen wird. Der Großfürst gab einem Pressevertreter gegenüber als Ursache seines Wegzuges aus Kobug bekannt, daß eine zu hohe Einkommensteuer, die ihm auferlegt worden ist, ihn zur Aufgabe seines hiesigen Wohnsitzes veranlaßt habe.

Stettin. Der Raubmord in Siebenschloß aufgeklärt. Der Schnitter Pusch, der unter dem Verdacht stand, den Raubmord in Siebenschloß begangen zu haben, hat jetzt ein Geständnis abgelegt. Er gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben. Als er Frau Gorecki um 10 Mark gebeten habe, hätte die Frau, die gerade beim Plätten gewesen sei, das Bügeleisen ergriffen, um ihm damit einen Schlag zu versetzen. Er habe darauf das Eisen genommen und die Frau niedergeschlagen. Bei dieser Gelegenheit hat er dann einige Sachen aus dem Schrank genommen.

Rheinbach. Schwerer Unfall durch einen Böller. In Altendorf bei Meckenheim ereignete sich ein furchtbares Unglück. Bei der Herrichtung eines Böllers, der bei der mitternächtlichen Befreiungsfeier abgeschossen werden sollte, explodierte dieser plötzlich. Durch die umherfliegenden Eisenstücke wurden zwei Schmiedemeister so schwer verletzt, daß der Tod bald darauf eintrat. Drei Personen haben erhebliche Verletzungen erlitten.

Zusammenstöße in Darmstadt.

 # Darmstadt, 3. Dezember.

Als etwa 260 Frankfurter Stahlhelmleute, die an einer Kundgebung in Darmstadt teilgenommen hatten, nach Frankfurt zurückfahren wollten, kam es auf dem Hauptbahnhof in Darmstadt zu einer Schlägerei mit Stahlhelmgegnern, bei der es auf beiden Seiten mehrere Verletzte gab.

Beamte der Kriminalpolizei versuchten den Streit zu schlichten. Dabei wurde ein Kriminalbeamter verprügelt. Die Beamten des nächsten Polizeireviers, die sofort herbeigerufen wurden, konnten die Ordnung wieder herstellen. Nachdem die Stahlhelmleute den Zug bestiegen hatten, **kam es zu neuen Reibereien, bei denen der Leiter der hessischen Kriminalzentrale, Regierungsrat Bach, aus dem Zuge heraus einen Schlag gegen seine Brille erhielt und eine Augenverletzung davontrug.**

Die Darmstädter Polizei benachrichtigte inzwischen die Frankfurter Polizei von den Vorgängen in Darmstadt, worauf die Stahlhelmleute auf dem Frankfurter Hauptbahnhof von der Polizei festgenommen und über die Vorfälle vernommen wurden. Darmstädter Polizeibeamte fuhren nach Frankfurt, um zu versuchen, die Täter festzustellen.

Dortmunder Frauenmörder stellt sich freiwillig.

Dortmund, 4. Dezember. **Der Anstreicher Hugo Knelles aus Duisburg, der sich nach Bremerhaven polizeilich abgemeldet hatte, stellte sich freiwillig der hiesigen Kriminalpolizei. Knelles steht bekanntlich im Verdacht die Dortmunder Frau Kiefer ermordet zu haben. Die Vernehmung des Knelles dauert zur Zeit noch an.**

Amokläufer in Marseille.

Bluttat eines wahnsinnigen Italieners.

Paris, 4. Dezember.

Ein furchtbares Drama spielte sich in Marseille ab. Ein 24jähriger Italiener namens Oscar Besti, der bereits mehrere Male wegen seines Geisteszustands interniert werden mußte, sollte sich wegen Mißhandlung seiner Mutter auf dem Polizeiamt einfinden. Mit einem Gewehr bewaffnet und 16 Patronen in der Tasche begab sich Besti zur Polizei. Unterwegs drang er in einen Fruchtladen ein, warf die Früchte zu Boden und schleuderte die Apfelsinen auf die anwesenden Käufer.

Im Zustande völliger Ueberreizung erschien er bei der Polizei, wo er den Polizeibeamten bedrohte und bespie. Dieser merkte sofort, daß er es mit einem Geisteskranken zu tun hatte und versuchte ihn zu beruhigen. Aber Besti riß sein Gewehr an die Schulter und schoß auf den Polizeibeamten, der tödlich getroffen zu Boden sank. Nunmehr eilte der Geisteskranke auf die Straße. Ein zufällig auf dem Polizeiamt anwesender Sergeant nahm die Verfolgung auf. Gerade, als er den Mörder erreicht hatte, drehte sich dieser um und brachte auch dem Sergeanten einen tödlichen Schuß bei. In wilder Flucht eilte der Mörder durch die Straßen, indem er fortwährend mit seinem Gewehr auf die Verfolger feuerte, von denen sechs verletzt wurden. Der Verbrecher wurde schließlich von den Verfolgern eingeholt, die sich wuterfüllt auf ihn stürzten und ihn buchstäblich lynchten. Besti starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

 # Der Ford-Vertreter in Reykjavik ermordet. Nach Meldungen aus Renkjavik auf Island ist der dortige Ford-Vertreter einem Raubmord zum Opfer gefallen. Von dem Täter, der 3000 Kronen erbeutete, fehlt jede Spur.

 # Schwere Stürme im Kanal. Aus dem englischen Kanal werden schwere Stürme gemeldet, die stellenweise orkanartigen Charakter hatten. Der gesamte Flugverkehr mußte eingestellt werden. Ein deutsches und ein holländisches Flugzeug suchten auf dem Flughafen von Lympne Schutz. Der Schiffsverkehr ist gestört. Die Dampfer treffen mit stundenlangen Verspätungen ein.

Fußball im Kyffhäuser-Gau.

Tabelle der II. Klasse. — Stand am 1. 12. 1929.

Vereine	gesp.	gewonnen	unentsch.	verloren	Tore für	Tore gegen	Punkte +	Punkte —
V.f.B. Oberröblingen	11	8	2	1	43	17	18	4
Spfrd Klostermansfeld	12	7	1	4	31	19	15	9
Wacker Helbra	11	6	2	3	42	26	14	8
S.V. Mansf.-Leimbach	12	6	2	4	40	27	14	10
Preußen Hettstedt	9	4	1	4	30	30	9	9
Eintracht Roßleben	12	3	3	6	25	32	9	15
Teutonia Siersleben	11	3	2	6	17	29	8	14
Wacker Helfta	11	3	1	7	15	38	7	15
V.f.B. Artern	11	2	2	7	10	35	6	16

Weiße und gesunde Zähne. „Da ich schon seit Jahren meine Zähne mit Ihrem hochgeschätzten „Clorodont" und Ihrer Chlorodont-Zahnbürste pflege, so will ich ihnen meine Anerkennung für ihre Präparate entgegenbringen, denn meine Zähne sind so weiß und gesund, daß mich meine Freunde und Bekannten darum beneiden." Gez. Karl Stein, Elversberg/Saar.

Raubvögel über dem Rauneckhof

Originalroman von Anny v. Panhuys

10. Fortsetzung — Nachdruck verboten

„Ach nein, das ist nicht der Grund, daß ich Jutta Linden gebeten, zu mir zu kommen. Es ist eigentlich nur ein Zugeständnis an den Klatsch. Mir wurde hinterbracht, man hielte sich darüber auf, daß Sie und ich allein am Mittagstisch säßen. Nicht wahr, das ist sehr drollig? Als ob etwas dabei wäre, wo Sie doch schon so lange auf dem Hofe sind und wir beide uns ganz bestimmt nicht ineinander verlieben würden. Aber die Menschen sind manchmal wirklich zu blöd, nicht wahr?"

Um seinen scharfgezeichneten Mund setzte sich dabei ein Lächeln fest, das ihm selbst weh tat.

Er dachte, es war nur gut, daß Ilse Rauneck nichts von seiner Liebe ahnte, sonst hätte sie vielleicht darüber gelacht wie über einen guten Witz.

Die junge Herrin des Rauneckhofes aber plauderte harmlos weiter.

„Ich denke es mir sehr nett, wenn Jutta Linden hier mit mir leben wird. Aber Sie dürfen sich nicht in sie verlieben, denn dann würde ich Sie vielleicht verlieren. Inspektoren, die sich verheiraten, pachten sich dann zumindest gern einen eigenen Hof. Jutta ist nämlich sehr hübsch oder vielleicht sogar schön. Von sehr aparter Schönheit. Es gibt nicht viele Frauen von ihrer Art. Ich jedenfalls habe noch keine gesehen, die ihr ähnelt."

Ulrich Werdenberg dachte: Mochte diese Jutta Linden an Schönheit selbst die Konkurrenz mit Helena aufnehmen, durch deren Reize einst der Trojanische Krieg entfacht wurde, ihn würde das sehr kühl lassen. In seinen Augen war und blieb Ilse Rauneck die Liebste und Schönste auf der ganzen Welt.

Ilse sah ihn fragend an.

„Sind Sie nun nicht sehr gespannt, Jutta Linden kennen zu lernen, Herr Inspektor?"

„Ich kann das nicht gerade behaupten," gab er zurück, „aber ich habe wohl im allgemeinen überhaupt zu wenig Interesse für Frauen."

„Es scheint mir auch so," lächelte Ilse, aber deshalb bin ich doppelt neugierig, was Sie zu der neuen Hausgenossin sagen werden."

Pünktlich erhielt Ilse Nachricht, wann und wo das Auto in Frankfurt am Main Jutta Linden abholen möge und so erwartete denn die Herrin des Rauneckhofes eines Vormittags die neue Hausgenossin.

Sie hatte ihr das eigene Schlafzimmer eingeräumt, weil es besonders hübsche Tapeten hatte und freundlich sowie groß war. Halte allerlei Möbel hineinstellen lassen, die es besonders behaglich machten.

Jutta Linden sollte es auf dem Hofe gefallen.

3.

Jutta Linden drückte sich bequem in die Polster des eleganten Mercedeswagens und fuhr einer neuen Etappe ihres Daseins entgegen.

Hoffentlich fand sie nun ein bißchen Ruhe. Hoffentlich spielte sich Ilse nicht allzusehr als die Herrin, die Brotgeberin auf, wie die Baronin Wildhard und vor ihr die alte Direktorswitwe Mohr, und vor ihr die kränkliche Rentiere Buschmann, und vor ihr —

Ach was, nur nicht daran denken, wie oft sie schon ihre Stellung hatte wechseln müssen.

Sie ließ sich nicht herumkommandieren, es lag ihr nicht.

Aber Ilse Rauneck brauchte, wenn es sich umgehen ließ, gar nichts davon zu wissen, daß sie, bevor sie als Gesellschafterin nach Frankfurt kam, sich schon bei anderen Damen in anderen Städten versucht hatte.

Ilse Rauneck machte auf sie nicht den Eindruck einer besonderen Menschenkennerin.

Vielleicht boten sich ihr dadurch auf dem Hofe allerlei kleine Vorteile.

Seitdem das glänzende elterliche Heim gewissermaßen über Nacht zusammengebrochen, hatte sie gelernt, immer nach Vorteilen für sich auszuspähen. Immer stand sie auf dem Sprunge, sich in irgendeine sorglose Existenz hineinzuretten.

Jutta Linden hatte die eine Fensterscheibe heruntergelassen, die frische Luft, die von den Taunusbergen herwehte, tat ihr gut. Sie atmete sie tief in die Lungen.

So ein Auto wie dieses hatte ihr bei den Eltern auch zur Verfügung gestanden. Es war wunderschön, sich so bequem dahintragen zu lassen.

Immer näher kamen die Berge, schoben sich wie Kulissen vor und dann erwuchs, hinter Gehöften und ein paar rasch durchfahrenen Dörfern, ein mächtiger Gebäudekomplex, überragt von einem alten runden Turm.

Eine hohe Mauer umgab das Ganze.

Jutta Linden nahm an, es müsse der Gutsbesitz irgendeines Feudalherrn sein.

Bald würde nun wohl auch der Rauneckhof auftauchen.

Aber was bedeutete denn das? Der Chauffeur steuerte das Auto direkt auf die breite Einfahrt des großen Gutes zu?

Das war doch nicht etwa der Rauneckhof, unter dem sie sich zwar ein Gut vorgestellt, weil Ilse geäußert, ihres Vaters Vorfahren waren Bauern, die sich durch Generationen zu Gutsherren wandelten, aber sie war weit entfernt davon gewesen, ein derartiges Besitztum zu erwarten.

Gallebitterer Neid erfüllte sie.

Kaum der Beachtung wert dünkte ihr Ilse Rauneck damals in der Pension.

Wie sehr sie sich doch geirrt hatte!

Das Auto hielt vor einer niedrigen Freitreppe, auf der eben Ilse erschien und Jutta herzlich willkommen hieß.

Der Chauffeur belud sich mit dem großen Kabinenkoffer der Angekommenen und trug ihn ins Haus, und Ilse geleitete die überschlanke Jutta in ihr Zimmer, ließ sie dann allein, nachdem sie ihr erklärt, in einer halben Stunde würde gegessen und sie würde sie dazu abholen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291205-12/fragment/page=0003

Neue Sklarek-Enthüllungen.

Die unglaubliche Mißwirtschaft bei der KWG.

Berlin, 3. Dezember.

Im Sklarek-Ausschuß des Landtages kamen weitere unerhörte Vorgänge bei der Kleider-Vertriebs-Gesellschaft zur Sprache.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weißenberg erklärte unter anderem, die Wechsel, die die Sklareks bei der Stadtbank einreichten, seien zum großen Teil auf Verwandte von ihnen gezogen worden. Obwohl diese Verwandten im Höchstfall nur für einige tausend Mark gut gewesen seien, hätten die Sklareks doch Wechsel über Millionenbeträge auf sie gezogen und der Stadtbank als Sicherheit gegeben.

Wenn die Stadtbank die Bücher der Firma Sklarek prüfen ließ, so seien ihr für diese Prüfungen besonders angefertigte Bücher mit gefälschten Buchungen vorgelegt worden.

Als Anfang 1927 der Kredit der Sklareks bei der Stadtbank gedrosselt werden sollte, hätten die Sklareks durch Bestechung von Angestellten der Dresdner Bank und der Ostbank sich Kredite verschafft. Was die Anzugsliste, die etwa 1500 Namen enthalten habe, betreffe, so könne man nur den darauf verzeichneten Kunden Vorwürfe machen, die die Anzüge nachweislich nicht bezahlten und die auch in den strafrechtlichen Teil der Angelegenheit verwickelt seien. Die Kassenbelege seien erheblich bedenklicher.

Sie beträfen u. a. Gaebel, Degner und Sakolowski. Gaebel habe von den Sklareks jede Woche 300 RM., Degner monatlich 2500 RM. erhalten, wobei Degner sich noch dauernd im Vorschuß befunden habe.

(Heiterkeit.)

Der Stadtbankdirektor Schmitt habe von den Sklareks ein silbernes Tafelservice im Werte von 700 RM. erhalten, ferner Renngewinne in Höhe von 3651 RM. sowie zwei Pelzmäntel für sich und einen Persianermantel für seine Frau. Bei Stadtbankdirektor Schröder seien dagegen keine Zuwendungen festgestellt worden.

Stadtbankdirektor Hoffmann habe außer Barzuwendungen in Höhe von etwa 10 000 Mark 11 000 Mark Renngewinne und außerdem einen Nutriapelz erhalten.

Beim Abschluß der Verträge spielte Stadtrat Benecke eine eigenartige Rolle. Obwohl er gar nicht zuständig gewesen sei, habe er eine Reihe von Verträgen unterschrieben. Kurz vor seiner Amerikareise habe Stadtrat Benecke noch 1000 Mark in Bar von den Sklareks erhalten. Ebenso hätten der ehemalige Bürgermeister des Bezirksamts Mitte, Schneider, und der ehemalige Bürgermeister von Köpenick, Kohl, größere Zuwendungen von Sklarek angenommen.

Auch Kieburg und Liebert seien schwer belastet.

Hört, Hört!

Sechzig Meter Stoff für Böß! . . .

Bei den weiteren Vernehmungen kam der ehemalige Direktor der KWG., Novarra, zu Wort, der u. a. erklärte:

Ich war fünf Jahre bei der KWG. und könnte beweisen, daß ich in gewissem Sinne heute noch städtischer Beamter bin. Im Rathaus las ich einmal den Wahrspruch: „Wer kriegt, der siegt!" Wenn ich „Krieg" gegen korrumpierende Vorgänge führte, habe ich fast immer gewonnen. Es war schwer, wenn es sich um Wünsche des Oberbürgermeisters, damals Stadtkämmerers Böß, handelte. Bei der KWG. habe ich für die Stadt so gut verdient, daß ich selbst beantragte, die Miete in den städtischen Häusern in der Kommandantenstraße, wo wir unseren Sitz hatten, zu erhöhen.

Novarra schilderte dann die Beziehungen zwischen Kieburg und den Sklareks bzw. das weitgehende Entgegenkommen Kieburgs gegenüber den Sklareks. Die Größe der Verluste der Anschaffungsgesellschaft, die sich aus den Verträgen mit den Sklareks noch ergeben könnten, seien gar nicht abzusehen.

Im weiteren Verlaufe erklärt der Zeuge: Böß verlangte von mir einmal 60 Meter Stoff, der sonst fünf Mark das Meter kostete, für eine Mark, mit der Bemerkung, daß sei seinem kleinen Gehalt der Normalpreis zu hoch sei. Böß sagte: „Schaffen Sie mir 60 Meter à 1 Mark," — und ich schaffte sie ihm. (Lebhaftes Hört, Hört.)

Ich habe deswegen eine Strafanzeige auf Denunziation von Angestellten bekommen, mußte aber freigesprochen werden, weil nichts Strafbares vorlag. Ich hatte einfach mit dem Fabrikanten eine Lieferung von 1000 Metern a5 Mark unter der Bedingung vereinbart, daß ich 60 Meter a 1 Mark mitbekäme. Alle Vorgänge, die Berlin so ungeheuer geschädigt haben, hätten gar nicht vorkommen können, wenn nicht die Aemter Personen überlassen worden wären, die vielleicht gute Beamte, aber keine Kaufleute waren.

Sakolowski und Schalldach waren absolut hilflos. Die Sklareks konnten mit Schalldach, Gäbel und ihren anderen Anhängern Fangball spielen.

Die Selbstenthauptung.

Geisteskrank oder normal?

Sonnenburg, 3. Dezember.

Selbstmörder kommen oft auf die absonderlichsten Ideen. Fast kein Selbstmord gleicht dem anderen. Nun sagt man, ein Lebensmüder sei kein normaler Mensch mehr, aber auffällig ist doch, daß gerade sie in einer konsequenten Richtung denken und einen Plan aushecken können, der bis in Einzelheiten folgerichtig ist.

Will sich jemand erschießen, so tut er das in den seltensten Fällen sofort und gleich an welchem Ort. Nein, er überlegt lange, wie die Waffe angesetzt werden muß, er überlegt, wo der richtige Ort und wie die richtige Stellung für die letzte Tat sein müsse. Er überlegt, ob er etwas hinterlassen solle. Jeder Fall findet eine andere Ausführung.

Just so ist es bei denen, die den Strick vorziehen. Einer begnügt sich mit einer dünnen Schnur, der andere hält einen haltbaren Strick für gegeben. Der dritte meint, auch die Hosenträger reichten schon hin. Und dann, wo baumelt man sich auf? Jeder entscheidet sich anders. Nur kein Schema, scheint der Gedanke derer zu sein, die durchaus aus dem Leben scheiden wollen. Welche Todesart sie auch wählen, sie sind fast alle originell, alle sind sie Erfinder.

Sind diese Leute umnachtet? Sicherlich nicht, soweit die Vorbereitungen zur Tat erforderlich scheinen. Alles andere mag bei ihnen ausgeschaltet sein, die Tat überblicken sie dagegen klar. Und weil sie sich auf das eine, das Letzte, so konzentrieren, vermögen sie Einfälle durchzuführen, die immerhin Beachtung verdienen.

Nun hat ein Sträfling, der 15 Jahre Zuchthaus abbüßen sollte, wohl den eigenartigsten und dramatischsten Einfall gehabt und verfolgt, den die Selbstmordchronik kennt. In allen Zuchthäusern gibt es zumeist Buchbindereien. Buchbinder müssen Schneidemaschinen haben. Und das Sonnenburger Zuchthaus, das dieses Gewerbe in großem Umfange pflegt, hat sogar eine elektrisch betriebene Papierschneidemaschine. Auf den Einfall, dieses werktätige Instrument zur Selbstenthauptung zu benutzen, ist bisher noch niemand gekommen. Es mag diesem und jenem, der unvorsichtig war, schon Gliedmaßen genommen haben. Es aber als Guillotine anzusehen, war zuerst dem jungen Sträfling in Sonnenburg eingegeben.

Wie lange mag er die Maschine schon als Guillotine betrachtet haben! Sicherlich viele Tage hindurch. Und er wird überlegt haben, wie sicher der Tod durch die Guillotine ist. Er wird sich ausgemalt haben, daß ein kleiner Druck genüge, um alles zu beenden.

Wie will man heute die Gedanken dieses Selbstmörders ergründen? Ein Arzt hat den Mann wenige Tage vorher untersucht. Der Mann war normal, sagt er. Sicherlich; aber er sah immer, wenn er die Maschine erblickte, die Guillotine und dachte daran, daß sie ein praktisches Instrument sei. Er redete sich wohl nur ein, seine Eltern seien gestorben, um sich selbst zur Tat zu ermutigen. Er wollte die Tat, das seltsame Ende, und hat eine neue Selbstmordart gefunden, die sicherlich einzig in ihrer Art bleiben dürfte.

Wie ein Räuber eine Wehrlose zugerichtet hat.

Beuthen, 3. Dezmber.

Auffallend viele Bodeneinbrüche waren in den letzten Tagen hier zu verzeichnen. Als neuerdings die Hausungestellte Mularczyk, die bei einem Studienrat in der Brüningstraße bedienstet ist, bei Einbruch der Dunkelheit den Hausboden betrat, sah sie sich einem fremden Mann gegenüber, der sie mit einem Revolver bedrohte.

Als das Mädchen um Hilfe rief, gab der Räuber einen Schuß ab. Die Kugel ging dem Mädchen in die Brust und verletzte es schwer. Schließlich zog der Täter noch ein Messer und stach auf die Wehrlose ein. Das schwer verletzte Mädchen mußte man dem städtischen Krankenhause zuführen.

Die Zeit ist da!

Das Weihnachtsgeschäft soll jetzt einsetzen, wenn die mit grossen Vorräten angefüllten Verkaufsräume einigermassen geräumt werden sollen.

Pflicht des tätigen Geschäftsmannes ist es nun, dem kaufenden Publikum anzuzeigen, was er an Weihnachtsgeschenken zu bieten hat.

Kein Missmut ist am Platze, wenn auch anscheinend das Weihnachtswetter fehlt; gekauft wird doch und man sollte meinen, eine Witterung, die einem grossen Teile des Publikums Erwerbsmöglichkeiten bietet, ist besser als strenge Winterszeit, in der die Schornsteine die wenigen Spargroschen aufzehren.

Heraus mit euern Weihnachtsanzeigen,

ihr Gewerbetreibenden, zeigt der Kundschaft, daß auch in kleineren Orten Unternehmungsgeist vorhanden und Gelegenheit ist, nicht nur gut, sondern auch preiswert Weihnachtsbedürfnisse zu kaufen. **Der Erfolg gehört dem Mutigen.**

Die Geschäftsstelle des Nebraer Anzeigers wird gern bereit sein, bei der Aufstellung der Anzeigen mit Rat zur Seite zu stehen und in der Berechnung weitestes Entgegenkommen zeigen. Der tüchtige Geschäftsmann aber warte damit nicht bis zur letzten Woche, sondern beginne schon jetzt. In der Wiederholung liegt der Erfolg.

Die Zeit ist da!

Schützenhaus Nebra
Thüringer Operetten-Theater
Am Freitag, den 6. Dezember, abends 8¼ Uhr
O alte Burschenherrlichkeit
Alt Heidelberg
Studentenschauspiel in 5 Akten von Meyer-Förster.
Eintrittspreise (im Vorverkauf in W. Scharfs Buchhandlg.): Sperrsitz (num.) 1,20 M., 1. Platz 1,— M., 2. Platz 70 Pfg. An der Abendkasse 20 Pfg. Aufschlag auf alle Plätze.

Merk dir zwei Wörtchen — einprägsam
Der Deutsche Rundfunk
– das beste Programm
Die größte Funkzeitschrift! – bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender
Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N 24

Ratskeller Nebra
Sonntag
Kaffee-Kränzchen
Es laden freundlichst ein
Kurt Ködderitzsch u. Frau

Der Jungdeutsche
Tageszeitung für Volkskraft und Ständefrieden.
Der „Jungdeutsche" ist ein Gesinnungsblatt, das gegen den parlamentarischen Freistaat und für den organischen Volksstaat und die Neugliederung des Deutschen Reiches kämpft.
Der Grenzlandkampf des deutschen Volkes und der Kampf gegen das Versailler Diktat und seine Folgen werden im „Jungdeutschen" mit besonderer Schärfe geführt.
Der „Jungdeutsche" verfügt über einen großen eigenen Nachrichtendienst, der über alle Vorgänge in der deutschen Innenpolitik unterrichtet und der insonderheit die Vorgänge in der nationalen Bewegung und die Politik der großen Bünde kennzeichnet.
Der „Jungdeutsche" verfügt als die einzige Tageszeitung der bündischen Bewegung über eine ständig steigende Leserzahl sowie über eine außerordentlich große Verbreitung in über 5000 Postorten. Er ist deshalb ein besonders wirksames Insertionsorgan. Bezugspreis: monatlich 2,70 Mk. ausschließlich Postbestellgeld.
Verlag: Gesellschaft Deutsche Presse, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 218.

Als Geschenk empfehle ich
Satz-Schüsseln
von 1,50 bis 5.— M.
R. Barthel.

Vaterl. Frauenverein
Donnerstag, den 5. Dez., abends 8 Uhr
in der „Burg" (Frau Möder)

Drucksachen
liefert prompt und preiswert die
aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen
Buchdruckerei Wilh. Sauer

Den neuen Roman erwarten
ungeduldig „Westermanns Monatsheftleser". Die kommenden Hefte werden noch schöner und noch reichhaltiger und sind trotzdem weiter für 2 M. erhältlich. Jeder geduldig Wartende liest
Westermanns Monatshefte
die in einer vorzüglichen Geschenkzusammenstellung von vier Heften jetzt überall erhältlich sind
Gutschein für ein Probeheft
im Werte von 2 M. bei Einsdg. mit 20 Pf. für Porto an den Verlag von Westermanns Monatsheften, Braunschweig
Name u. Adresse: .....

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291205-12/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 144 — Donnerstag, den 5. Dezember 1929 — 42. Jahrgang

Ost-Konflikt und Kellogg-Pakt.

Gemeinsamer Schritt der Mächte.

✧ **Paris**, 4. Dezember

Die französische Regierung hat in Uebereinstimmung mit Amerika, Deutschland, England und Japan bei den Regierungen in Moskau und Peking durch ihre Botschafter den Regierungen von Rußland und China eine Note zustellen lassen, die auf die zahlreichen vergeblichen Bemühungen der Mächte, den Streit zu verhindern aufmerksam macht und erneut die Aufmerksamkeit Chinas und Rußlands auf die Bestimmungen des Kriegsverzichtspaktes, insbesondere auf den Artikel 2, der lautet: „Die vertragschließenden Parteien erkennen an, daß die Regelung und die Lösung aller Differenzen und Konflikte, welcher Natur und welchen Ursprungs sie auch sein mögen und die zwischen ihnen entstehen könnten, nur durch friedliche Mittel angestrebt werden sollen.

Außerdem hat Amerika eine Denkschrift an die Kriegsführenden gerichtet, in der es der festen Hoffnung Ausdruck gibt, daß China und Rußland keinerlei feindliche Maßnahmen ergreifen und in Zukunft die Möglichkeit finden, alle Streitfragen friedlich zu lösen. Die öffentliche Meinung der gesamten Welt gegenüber China und Rußland werde in großem Maße davon abhängen, wie beide Mächte diese heiligen Versprechungen ausführen.

Staatssekretär Stimson führte in einer amtlichen Erläuterung zu dem Memorandum aus, daß die amerikanische Regierung seit Tagen über die Lage in Ostasien mit den auswärtigen Regierungen verhandele. Es sei ihm aus sicherer Quelle berichtet worden, daß die Feindseligkeiten in Ostasien nicht aufhörten. Es sei jedenfalls klar, daß es zwischen chinesischen und russischen Truppen zu ernsten militärischen Zusammenstößen gekommen sei, obwohl die Ursachen und der Umfang derselben nicht festständen. Außerdem habe er feststellen müssen, daß in der Zeit, als die Feindseligkeiten anfingen, keinerlei Schritte seitens Rußlands und Chinas erfolgt seien, um eine friedliche Regelung herbeizuführen.

Die Wirksamkeit des Kelloggvertrages hänge von der Aufrichtigkeit der Regierungen ab, die den Vertrag unterzeichnet haben, und seine einzige Sicherung liege in der gewaltigen Macht der öffentlichen Meinung der Welt. Wenn die Ereignisse in der Mandschurei ohne Beachtung oder Proteste durch die Staaten des Kelloggvertrages verliefen, werde die starke Wirkung der öffentlichen Meinung der Welt in der Richtung der Festigung des Friedensgedankens beeinträchtigt.

Daß der Erfolg wahrscheinlich recht problematisch sein wird, zeigt folgende Meldung aus Moskau, nach der Rykow erklärte:

Es seien Nachrichten verbreitet worden, wonach sich die Großmächte in den Streit einmischen wollten, Moskau verfolge diese Meldungen mit großer Besorgnis. Die Sowjetunion lehnte entschieden jede Einmischung irgendwelcher Großmächte ab. Rykow sprach dann von den Verdiensten der Roten Armee in dem Kampf gegen die chinesischen Generäle und erklärte, daß die russischen Rechte an der chinesischen Ostbahn unverzüglich wieder hergestellt werden müßten.

Ein zweiter Cato.

✧ **Paris**, 4. Dezember.

Das Testament Clémenceaus hat folgenden Wortlaut: „Paris, 28. März 1929. Dies ist mein Testament. Ich will in Colombier an der Seite meines Vaters beigesetzt werden.

Mein Leichnam soll ohne jeden Trauerzug und ohne Feierlichkeit aus dem Sterbehaus an die Begräbnisstelle überführt werden. Eine Entfernung irgendwelcher Körperteile soll nicht erfolgen. Keine Kundgebungen, keine Einladungen, keine Zeremonie.

Um das Grab herum ein Eisengitter ohne Namen wie bei meinem Vater. In meinem Sarg soll man meinen Spazierstock aus meiner Jugendzeit und die kleine Schachtel legen, die sich in der linken Etage der oberen Etage meines Glasschrankes befindet. Dahinein soll man das kleine Buch meiner Mutter legen. Endlich sollen die beiden kleinen getrockneten Blumensträuße in den Sarg gelegt werden, die sich auf dem Kamin im Gartenzimmer befinden. Der kleine Blumenstrauß soll in die Granate gesteckt werden, die den größeren Strauß enthält, und alles soll neben meinem Leichnam niedergelegt werden."

Zum Schluß setzt Clémenceau seinen treuen Freund Pietri zum Testamentsvollstrecker ein, dem sein Sohn Michel und ein Notar zur Seite stehen sollen.

Das kleine Kästchen, das Clémenceau erwähnt, stammt von seiner Mutter. An jedem Geburtstag pflegte sie es neu mit Erinnerungen und Geschenken zu füllen. Die Blumen, von denen Clémenceau spricht, wurden ihm von Soldaten an der Champagne-Front vor der deutschen Offensive im Juli 1918 überreicht. Der zweite Teil des Testaments gilt der Verteilung der Hinterlassenschaft Clémenceaus.

Um das Warndtgebiet.

Separatistische Umtriebe der Saar-Regierungskommission.

= **Saarbrücken**, 4. Dezember.

Neuerdings sind auf einigen Saargruben, besonders auf der Grube Clarenthal, die jetzt Grube Calmalet genannt

Die belgische Kabinetts-Krise.

Noch keine Regierung gebildet.

○ **Brüssel**, 3. Dezember.

Der Nationalrat der Liberalen Partei beschäftigte sich mit der politischen Lage und besonders mit der Sprachenfrage. Es wurde eine Entschließung angenommen, die keinen Zweifel darüber läßt, daß die Liberale Partei für eine Flamisierung der Genter Universität eintritt. Da sich auch die Christlich-demokratische Partei, die ebenfalls eine Sitzung abgehalten hat, für die sofortige Flamisierung der Genter Universität ausgesprochen hat, erwartet man, daß die Bildung eines katholisch-liberalen Kabinetts möglicherweise erfolgen wird.

Es bleibt allerdings noch die Frage der Spezialschulen zu klären, die der Universität angegliedert sind. Da die Liberalen im Gegensatz zu den Flamen fordern, daß bei diesen Schulen flämische und französische Abteilungen eingerichtet werden und daß das Parlament über diese Frage entscheiden soll, wird allerdings eine Verzögerung in der Regierungsbildung für möglich gehalten. Ueber diese Frage sind deshalb zwischen den beiden Parteien Verhandlungen eingeleitet worden.

Ein unzulässiger Gesetzentwurf.

Um den Einfluß des Reichs an der Reichsbahn.

⊶ **Berlin**, 3. Dezember.

Soweit durch die bisherigen Veröffentlichungen das über dem neuen Reichsbahngesetz schwebende Dunkel gelüftet ist, erscheint es notwendig, sich näher mit diesem Gesetzentwurf zu befassen. Es muß festgestellt werden, daß die Zugeständnisse bezüglich der

Verstärkung des Reichseinflusses auf die Reichsbahngesellschaft

als durchaus unzulänglich bezeichnet werden müssen. Daß dem Reichsverkehrsminister Sitz und Stimme im Verwaltungsrat verwehrt werden soll, daß weiter die Reichsbahngesellschaft nicht verpflichtet sein soll, die ihrer Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zugrunde liegenden Rechnungsbelege und Abschlüsse der Reichsregierung zur Einsichtnahme vorzulegen, erscheint in Anbetracht dessen, daß die Reichsbahn noch immer im Besitz des Reichs sich befindet, und

das Reich, der größte Aktieninhaber

ist, eine völlig unmögliche Regelung zu sein. Es muß gefordert werden, daß eine dem Parlament verantwortliche Instanz der Reichsbahngesellschaft eingefügt wird, welche verpflichtet ist, auf Verlangen dem Parlament über alle Fragen Auskunft zu geben und die Forderung des Parlaments bei der Geschäftsführung der Gesellschaft durchzusetzen. Das ist umso notwendiger, als das Reich die Haftung für die Reparationsauflage der Reichsbahn im Betrage von 660 Millionen Mark zu tragen hat. Eine starke Reichskontrolle hat sich nach den Erfahrungen, die seit der Wirksamkeit der Reichsbahngesellschaft gemacht worden sind, als sehr dringlich erwiesen.

Sowohl in der Tarif-, Personal-, Auftragserteilungs- und Subventionspolitik der Reichsbahn haben sich Mißbräuche eingebürgert, deren Beseitigung die Oeffentlichkeit dringend fordert, denn es ist unmöglich, daß es die Reichsbahngesellschaft als ihr Recht betrachtet, geheime Tarife zu erstellen und daß ihr Verwaltungsrat in der Vergebung von Aufträgen die Möglichkeit bietet, einzelne seiner Mitglieder zu bevorrechtigen. Es ist ferner unerträglich, daß die leitenden Persönlichkeiten mit Einkünften ausgestattet werden, die das Vielfache dessen betragen, was gleichgeartete höhere Reichsbeamte beziehen, und daß eine Kontrolle über die Höhe der Bezüge und über den Kreis der Bezieher nicht möglich ist.

Erhebliches Aufsehen hat die Tatsache erregt, daß die Reichsbahnhauptverwaltung auch Zeitungssubventionen nach Gutdünken eingeführt hat. Schließlich handelt es sich doch wohl um öffentliche Gelder, die hier verwendet werden, deren unumschränkte Verfügung wohl nicht in der Hand des Verwaltungsrates wie bisher bleiben kann. Das Fortbestehen eines Tarifgerichtes, das auch in Beamtenfragen entscheiden soll, greift in

die Souveränität des alleinigen Gesetzgebers,

der deutschen Volksvertretung ein. Ein solches Gericht kann nicht zugestanden werden.

50 Unterschriften für ein Mißtrauensvotum

Aenderung der Reichstags-Geschäftsordnung.

⊶ **Berlin**, 4. Dezember.

Bei der Mehrheit der Reichstagsparteien besteht die Absicht, eine Aenderung der Geschäftsordnung insofern vorzunehmen, als nicht wie bisher nur 15 Unterschriften für einen Mißtrauensantrag genügen, sondern es sollen dafür 50 Unterschriften notwendig sein. Dabei wird von der Erwägung ausgegangen, daß für die Einbringung einer Interpellation 30 Unterschriften erforderlich sind, und daß bei Anträgen auf namentliche Abstimmung eine Unterstützung durch 50 Abgeordnete notwendig ist, so daß sachlich eine solche Erhöhung der Unterschriftenzahl bei Mißtrauens- und Vertrauensanträgen durchaus notwendig und angängig erscheint.

Bei den bisherigen Besprechungen hat sich lediglich die Bayerische Volkspartei gegen eine solche Neuregelung ausgesprochen. Es wird demgemäß voraussichtlich eine Aenderung der Geschäftsordnung erfolgen. In dem Zusammenhange werden noch andere Fragen geklärt werden, insbesondere, ob es noch möglich ist, einen Mißtrauensantrag gegen einen einzelnen Minister zur Abstimmung zu bringen, wenn ein Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett bereits von der Mehrheit abgelehnt worden ist.

Auslieferungs- und Lichtspielgesetz.

Das beschlußunfähige Haus.

⊶ **Berlin**, 4. Dezember.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Der Verlängerung der Geltungsdauer des Steuermilderungsgesetzes über die Erleichterung von Betriebszusammenschlüssen wird endgültig in dritter Lesung zugestimmt. Das Haus setzt dann

die Abstimmungen zum Auslieferungsgesetz

fort, bei denen sich in der Montagsitzung die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergeben hatte. Der sozialdemokratische Antrag, daß die Auslieferung nur zulässig ist, wenn die Gewähr besteht, daß keine nach deutschem Strafgesetz unzulässige Strafe vollstreckt wird, wird abgelehnt, ebenso der weitere Antrag, die Auslieferungshaft auf vier Monate zu beschränken. Abgelehnt wird auch der Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Streichung der Zuständigkeit des Reiches.

Zugestimmt wird einem Antrag, wonach das neue Gesetz am 1. April 1930 in Kraft treten soll.

Bei der dritten Beratung wird über einen Antrag im Hammelsprung entschieden, den bei der zweiten Beratung auf kommunistischen Antrag eingefügten § 4a wieder zu streichen, wonach die Auslieferung nicht zulässig ist, wenn das Höchstmaß der angedrohten Strafe drei Jahre Gefängnis nicht übersteigt. Für die Streichung werden 131, dagegen 115 Stimmen abgegeben.

Da zur Beschlußfähigkeit 247 Abgeordnete gehören, also eine Stimme fehlt, ist das Haus beschlußunfähig. Das Haus nimmt diese Mitteilung mit großer Heiterkeit auf.

In einer wenige Minuten später anberaumten neuen Sitzung steht die erste Beratung der

Novelle zum Lichtspielgesetz

auf der Tagesordnung.

Abgeordneter Mumm (dnatl.) führt aus, das vorliegende Gesetz reiche nicht aus zur Erfüllung der vom Reichstag in einer Entschließung aufgestellten Forderung nach verschärften Waffen gegen Schund und Schmutz im Lichtspielwesen. Abgeordneter Maslowski (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden diese Forderung ablehnen. Abgeordneter Siegfried (Wirtsch.-P.) meint, die gesamte Filmindustrie betrachte den vorliegenden Entwurf als ein Rückwärtsgesetz schlimmster Art. Abgeordneter Schreck-Bielefeld (Soz.) betont, die ungeheure Bedeutung des Films für das ganze Kulturleben könne heute niemand

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291205-12/fragment/page=0005